



Sitzungsvorlage
100/285/2019

Amt/Abteilung: Brand- und Katastrophenschutz Datum: 24.09.2019	Aktenzeichen: 150		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	14.10.2019	Vorberatung N	
Hauptausschuss	22.10.2019	Entscheidung Ö	

Betreff:

Beschaffung von Satellitenkommunikationstechnik für den Brand- und Katastrophenschutz zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Kommunikation im Krisenfall und Beteiligung an einem INTERREG-Projekt

Beschlussvorschlag:

Zur Sicherstellung der grenzüberschreitenden Kommunikation im Krisenfall beteiligt sich die Stadt Landau in der Pfalz an einem Projekt zur Einrichtung einer Satellitenkommunikationstechnik, für das eine Förderung über das Europäische Programm INTERREG V beantragt wird.

Begründung:

Für die Bewältigung von Krisen ist die Kommunikation der Akteure von existenzieller Bedeutung. Die Krisenstäbe und Leitstellen in der Region sind daher mit einer Vielzahl unterschiedlicher Kommunikationsmittel wie z. B. Analog- und Digitalfunk, Festnetz- und Mobilfunktelefonie sowie Internet und E-Mail ausgestattet. Diese Kommunikationsmittel sind allerdings alle auf eine funktionierende Stromversorgung angewiesen. Es ist daher notwendig, eine ausfallsichere Kommunikationsmöglichkeit für die Krisenstäbe und Leitstellen zu schaffen sowie ein Kommunikationskonzept zu entwickeln.

Aus diesem Grunde soll nun eine einheitliche Krisenkommunikationstechnik beschafft werden, um die Kommunikationsfähigkeit im Falle eines langanhaltenden Stromausfalls zu gewährleisten.

Die Kosten für die notwendige Ausrüstung (Satellitenmodem, inkl. Antenne, Antennenmontage-Satz, Blitzschutz, Antennenkabel, Random zum Wetterschutz) belaufen sich für die Stadt Landau in der Pfalz auf ca. 11.500 Euro einmalig. Diese Kosten sind geschätzt, die konkreten Aufwendungen ergeben sich nach einer entsprechenden Ausschreibung. Zur Kostenreduzierung wird eine Förderung im Rahmen des INTERREG V Programmes der EU angestrebt. Das Antragsverfahren wird vom Regierungspräsidium Karlsruhe federführend bearbeitet. Ein Interessenbekundungsverfahren sowie ein INTERREG-Kurzantrag wurden bereits positiv beurteilt, so dass die Wahrscheinlichkeit der Förderfähigkeit dieses Projektes von bis zu

60 % der Kosten nahezu sicher ist. Somit würden die voraussichtlichen Kosten für diese Anlage, abzüglich der Förderung, ca. 4.600 Euro betragen.

Da zum jetzigen Zeitpunkt weder die Details der Ausführung noch die ausführende Firma bekannt sind, wird darauf hingewiesen, dass bei der Umsetzung darauf geachtet wird, dass bei der Auswahl des Standortes (Rathaus oder Feuerwache) die technischen Voraussetzungen dort entsprechend leistungsfähig und die entstehenden Installationskosten so gering wie möglich sind.

Folgekosten, die nicht bzw. nur teilweise und befristet durch die EU-INTERREG-Förderung abgedeckt sind, entstehen durch Aufwendungen für die Bereitstellung einer SIM-Karte durch einen Satellitenkommunikationsanbieter sowie mögliche Kosten für die Bereitstellung eines ausfallsicheren Servers für die Übermittlung von Textnachrichten. Nach Schätzung des Regierungspräsidiums Karlsruhe betragen diese ca. 70 Euro pro Monat für die SIM-Karte sowie ca. 40 Euro für den Messengerdienst.

Zudem sind Maßnahmen zur Schulung und Weiterqualifizierung der Katastrophenschutz-Mitarbeiter bezüglich der Nutzung der Satellitenkommunikationstechnik vorgesehen. Hierdurch wird die Zusammenarbeit der Krisenstäbe und der Behörden, die am Oberrhein bereits gut vernetzt sind, gefestigt, gefördert und weiter ausgebaut. Dazu werden multilaterale Vereinbarungen zwischen den Partnern abgeschlossen und ein gemeinsames, grenzüberschreitendes Kommunikationskonzept für den Krisenfall entwickelt. Das Gesamtprojekt trägt zu einer Optimierung der Qualität des grenzüberschreitenden Krisenmanagements bei und verbessert die Stabilität des grenzüberschreitenden Leistungsangebots im Bereich des Bevölkerungsschutzes am Oberrhein.

Zur Beteiligung an dem INTERREG-Projekt müssen dem federführenden Regierungspräsidium Karlsruhe zeitnah eine Kofinanzierungszusage sowie weitere Unterlagen übermittelt werden. Die Kofinanzierungszusage erfolgt unter dem Vorbehalt des Stadtratsbeschlusses zum Haushalt für das Jahr 2020 und der Genehmigung des Haushalts durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion sowie unter dem Vorbehalt, dass die Maßnahme mit den vorhandenen Voraussetzungen technisch realisierbar ist.

Der Standort der Anlage, einschließlich Satellitenantennenanlage (am Rathaus oder an der Feuerwache), wird sowohl mit dem Gebäudemanagement Landau, dem Stadtbauamt (Denkmalschutz) sowie mit dem Amt für Informationstechnik abgestimmt.

Weitere detaillierte Informationen zur diesem Projekt sind der beigefügten Projektbeschreibung zu entnehmen.

Das INTERREG-Programm fördert grenzüberschreitende Kooperationen zwischen lokalen und regionalen Partnern aus den verschiedenen Gebieten der EU-Großregion (Luxemburg, Belgien, Deutschland Frankreich). Mittels dieser verstärkten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit soll der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt des großregionalen Raums gestärkt und eine Verringerung der grenzbedingten Hemmnisse erzielt werden. Gefördert werden können sowohl kleinräumige Kooperationen in einzelnen Teilgebieten als auch großangelegte Projekte auf der Ebene der gesamten Großregion.

Auswirkungen:

Produktkonto: 12801.0725 (Investitionen), 12801.5634 (Folgekosten)

Haushaltsjahr: 2020 und Folgejahre

Betrag: ca. 11.500 € (es erfolgt voraussichtlich eine Förderung in Höhe von 60 %),
jährliche Folgekosten in Höhe von ca. 110 Euro monatlich.

Über- oder außerplanmäßige Ausgaben:

Mittelbedarf ist über die genehmigten Haushaltsansätze gedeckt: Ja /Nein x

Es handelt sich um eine förderfähige Maßnahme: Ja x /Nein

Anlagen:

Projektbeschreibung

Beteiligtes Amt/Ämter:

Hauptamt

Informationstechnik

Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung

Gebäudemanagement

Schlusszeichnung:

